

Beschlussprotokoll der Senatssitzung vom 2. Februar 2021

Anwesend: 24 Senatsmitglieder mit beschließender Stimme
20 Senatsmitglieder mit beratender Stimme

Leitung: Präsident Prof. Dr. Walter Rosenthal

Öffentlicher Teil

TOP 8 Umgang mit der Corona-Pandemie

Der Präsident informiert ausführlich über den Umgang der FSU mit der Corona-Pandemie. Dabei wird insbesondere auf die Entwicklung der Pandemie eingegangen, auf Rahmenvorgaben und Verordnungen, auf die Schließung der Mensen, auf die Arbeit der ThULB, auf die Durchführung digitaler Prüfungen sowie auf die Regelungen der FSU zum Thema „Home-Office“. Hier gilt insbesondere: Auf Basis der am 27. Januar 2021 in Kraft getretenen SARS-CoV-2-Arbeitsschutzverordnung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales sind Arbeitgeber verpflichtet, den Beschäftigten im Fall von Büroarbeiten oder vergleichbaren Tätigkeiten anzubieten, diese Tätigkeiten in deren Wohnung auszuführen, sofern keine zwingenden betrieblichen Gründe entgegenstehen. Eine Verpflichtung, dieses Angebot anzunehmen, besteht nicht. An der FSU wurden bereits vorher Tätigkeiten mit Zustimmung der vorgesetzten Personen im Home-Office erbracht. Vorgesetzte Personen haben nun auf Verlangen der zuständigen Behörde darzulegen, aus welchen zwingenden betrieblichen Gründen Home-Office nicht angeboten bzw. einer entsprechenden Anfrage nicht gefolgt werden konnte. Wenn sich vorgesetzte und beschäftigte Personen nicht auf eine Regelung verständigen können, stehen den wissenschaftlichen Beschäftigten der Präsident und den nichtwissenschaftlichen Beschäftigten der Kanzler sowie darüber hinaus allen Beschäftigten der Personalrat für eine Klärung zur Verfügung. Ein entsprechendes Schreiben mit detaillierten Informationen ist an alle Beschäftigten am 29. Januar 2021 versandt worden. Aktuelle und umfassende Informationen stehen weiterhin auf der Website der FSU bereit.

Es erfolgt eine ausführliche Aussprache, bei der insbesondere die Frage erörtert wird, inwiefern eine Ausweitung der Dienstleistungen der ThULB im Rahmen des aktuellen Pandemiegeschehens und vor dem Hintergrund der aktuell geltenden Regelungen möglich ist. Weiterhin diskutiert der Senat die Planung des Sommersemesters 2021, die Möglichkeit des Zurückspringens bei der Beantwortung von Fragen in digitalen Klausuren, den sog. Roomscan bei digitalen Prüfungen, den Einsatz von Belüftungsanlagen und Luftreinigungsgeräten sowie die Durchführung von Impfungen über den arbeitsmedizinischen Dienst der FSU. Die Planung des Sommersemesters soll im Studienausschuss weiter diskutiert werden; hinsichtlich der genannten Fragen bei den digitalen Prüfungen werden den Studiendekaninnen und -dekanen Informationen zugesandt. Zum Thema „Belüftungsanlagen und Luftreinigungsgeräte“ weist VP Pohnert nochmals darauf hin, dass Räume gemeldet werden sollen, bei denen in den vorgesehenen Belegungen Probleme gesehen werden, damit der Einsatz dieser Anlagen bzw. Geräte geprüft werden kann.

TOP 9 Berichte

- Frau Steger informiert über die Stellungnahme des Studierendenbeirats der Stadt Jena sowie der Studierendenräte der FSU und der EAH zum Thema „Maßnahmenvorschlag einer Zweitwohnsitzsteuer im Zuge des Haushaltssicherungskonzepts 2021“. Der Senat diskutiert den in der Stellungnahme vorgebrachten Appell der Studierenden, keine Zweitwohnsitzsteuer einzuführen und die Erstwohnsitzprämie beizubehalten, und äußert Verständnis für die Notwendigkeit von Maßnahmen zur Haushaltssicherung angesichts der durch die Corona-Pandemie angespannten finanziellen Lage der Stadt. Die Vorschläge der Stadtverwaltung werden jedoch kritisch gesehen, da die Maßnahmen Jena für Studierende weniger attraktiv machen und zu befürchten ist, dass sich Studierende dadurch für andere Studienorte entscheiden. Vor diesem Hintergrund spricht sich der Senat einstimmig gegen die Einführung der Zweitwohnsitzsteuer und gegen den Wegfall der Erstwohnsitzprämie aus.
- VP Pohnert berichtet über die aktuell erfolgte Begutachtung des SFB 1076 AquaDiva (Sprecherin: Prof. Küsel) sowie die ebenfalls aktuell erfolgte Begutachtung des Internationalen DFG-Graduiertenkollegs 2675 META-ACTIVE (Sprecherin: Prof. Staude; gemeinsam mit der *Australian National University Canberra*). Am 3. und 4. Februar 2021 wird eine weitere Begutachtung folgen: die Begutachtung des SFB 1278 PolyTarget (Sprecher: Prof. Schubert).
- VP Pohnert gibt Auskunft über das DFG-Förderprogramm „Infrastrukturen für wissenschaftliches Publizieren“. Für die FSU wird Herr Lörzer einen Antrag koordinieren.
- Der Kanzler informiert über die Auftaktveranstaltung zum Start der Organisationsuntersuchung im Rahmen des ERP-Projekts, welche am 8. Februar 2021 stattfinden wird.
- Prof. Kothe berichtet über das Positionspapier „COVID-19-Krise: Auswirkungen auf Forschung an den Hochschulen“ der HRK vom 25. Januar 2021.

TOP 10 Beschlüsse des Haushaltsausschusses Hier: Anträge auf Stellenfreigaben

Der Präsident informiert darüber, dass der Haushaltsausschuss in einer Sitzung am 15. Januar 2021 den folgenden drei Anträgen auf Stellenfreigabe einstimmig zugestimmt hatte:

Fakultät für Mathematik und Informatik

- W1 Numerische Mathematik

Chemisch-Geowissenschaftliche Fakultät

- W3 Bioorganische Chemie und Paläobiotechnologie

Medizinische Fakultät

- W3 Experimentelle Onkologie

TOP 11 Beschlüsse des Studienausschusses

TOP 11a Erste Änderung der Corona-Rahmensatzung

Der Senat beschließt mit 12 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung und 4 Nein-Stimmen (4 Nein-Stimmen Studierende) die vom Studienausschuss empfohlene Erste Änderung der Corona-Rahmensatzung.

Prof. Spehr merkt an, dass die Formulierung in § 2 Abs. 3 Satz 3 CRS, derzufolge „[s]ämtliche prüfungsrelevant[e] Inhalte [...] spätestens 14 Tage vor dem Termin für die Abschlussprüfung [...] für die Studierenden zugänglich sein [sollen]“, mit Blick auf die anstehenden Prüfungen problematisch erscheint. Dr. Danz weist darauf hin, dass die derzeit geltende Fassung eine solche zeitliche Frist noch nicht festschreibt, sondern nur, dass die Unterlagen bis zur ersten Prüfungsmöglichkeit zugänglich sein müssen. Zudem handele es sich zukünftig um eine Soll-Vorschrift.

TOP 11b Anträge der Fakultät für Sozial- und Verhaltenswissenschaften

Folgende Anträge der Fakultät für Sozial- und Verhaltenswissenschaften liegen vor:

- Änderungsantrag für die Studienordnung für Kommunikationswissenschaft, B. A.
- Änderungsantrag für die Studienordnung für Politische Kommunikation, M. A.
- Zweite Änderung der Prüfungsordnung der Fakultät für Sozial- und Verhaltenswissenschaften für Studiengänge mit dem Abschluss Master of Arts

Der Senat bestätigt einstimmig die vom Studienausschuss empfohlenen Anträge der Fakultät für Sozial- und Verhaltenswissenschaften und empfiehlt dem Präsidenten, die Studienordnungen sowie die Zweite Änderung zu genehmigen und die Veröffentlichungen im Verkündungsblatt zu veranlassen. Vor Veröffentlichung der Studienordnung für Politische Kommunikation, M. A., ist die Änderung der Anlage zu den Ziel- und Leistungsvereinbarungen beim TMWWDG zu beantragen.

TOP 12 Regelstudienzeit

VP Siebenhüner informiert nochmals über die Pressemitteilung der Konferenz Thüringer Studierendenschaften zum Thema „Schlusslicht: Thüringen hält trotz Corona an der Regelstudienzeit fest“ vom 18. Januar 2021 und stellt Hintergründe und Auswirkungen einer Regelstudienzeitverlängerung vor. Es erfolgt eine Aussprache; Beschlüsse werden nicht gefasst.

TOP 13 Verschiedenes

- Prof. Haroske informiert über den „Ländertag Belarus“ am 29. Januar 2021.
- Der Präsident berichtet über die Spendenaktion „Ein Stuhl weiß mehr als 1.000 Worte“ der Gesellschaft der Freunde und Förderer der FSU. Bei dieser Aktion können Stühle aus dem Senatsaal erworben werden. Mit den Mitteln werden Deutschlandstipendien gestiftet.
- Herr Lörzer gibt Auskunft über aktuelle Drittmittelwerbungen der ThULB.
- Der Präsident informiert über die anstehenden Senatstermine. Die nächsten Termine sind: 16. Februar 2021, 7. April 2021 und 4. Mai 2021.



PD Dr. Thomas Heller

Jena, 4. Februar 2021